

### **1) TOP Einwohnerfragen**

---

Einwohnerfragen werden keine gestellt.

### **2) TOP 1-011/21 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse**

---

Oberbürgermeister Pauly gibt folgende Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 23. Februar 2021 bekannt:

#### **Besetzung – Leitung des Sachgebiets 74 Stadtkasse**

Der Gemeinderat hat Frau Daniela Steinemann zur Sachgebietsleiterin, Stadtkasse gewählt. Frau Steinemann ist derzeit als Sachgebietsleiterin Schulverwaltung bei der Stadt Rottweil tätig und wird voraussichtlich zum 1. April 2021 ihren Dienst bei der Stadt Donaueschingen antreten.

#### **Pachtvertrag Mosterei Hubertshofen**

Der Gemeinderat stimmt der Verpachtung der Mosterei Hubertshofen an den Verein AGO e.V. zu.

Beschluss: Die Bekanntgabe wird zur Kenntnis genommen.

### **3) TOP 5-015/21 Grabplatz- und Bestattungsgebühren - Gebührenkalkulation und Neufassung der Friedhofsgebührenordnung**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 5-015/21 ein.

Die SPD-Fraktion habe noch einmal vorgeschlagen, bei der Kalkulation von Grabnutzungsgebühren von zwei Urnen anstatt von vier Urnen pro Grabstelle auszugehen. Die Bestattung von zwei Urnen sei der Normalfall. Dann kämen die Kosten der Urnenwahlgrabvarianten erheblich günstiger. Für die Zubettung einer dritten oder -noch seltener - vierten Urne könne ein Zuschlag erhoben werden.

Diesen Vorschlag habe Frau Denk, Schneider & Zajontz, Gesellschaft für kommunale Entwicklung GmbH, Heilbronn, in ihrer Präsentation über die Kalkulation der Bestattungsgebühren kurzfristig eingearbeitet.

Falls der Gemeinderat dem erweiterten Vorschlag der SPD-Fraktion zustimme, über den zuerst abgestimmt werde, müsse die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt vertagt werden, da dann die Friedhofsordnung geändert werden müsste.

Der Antrag der SPD-Fraktion werde somit als Geschäftsordnungsantrag gewertet, die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Frau Denk, Schneider & Zajontz, Gesellschaft für kommunale Entwicklung GmbH, Heilbronn, stellt dem Gremium die Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt. Sie habe die Änderungsvorschläge der Fraktionen bestmöglich eingepflegt.

Um die Kosten neu zu verteilen, habe sie anders gewichtet. Der Kostendeckungsgrad liege bei 100%.

Der neu eingegangene Vorschlag der SPD-Fraktion sei zum Vergleich auf Folie 5 eingearbeitet, hätte aber noch die Änderung der Friedhofsordnung zur Folge.

Stadträtin Wesle fragt nach, warum die Differenz zwischen einem Urnenerdahlgrab (§ 5 Abs. 2 d Friedhofsgebührenordnung) und einem Urnenerdreihengrab (§ 5 Abs. 1 d) so extrem hoch sei.

Frau Denk: Die Anzahl der Urnenbestattungen sei stark gewichtet worden. Daher führe der Vorschlag der SPD-Fraktion zu einer geringeren Differenz. Bei einem Wahlgrab komme wegen der Auswahlmöglichkeit auch ein Wahlgrabzuschlag hinzu. Ein zusätzlicher Faktor sei die Möglichkeit der Verlängerung des Nutzungsrechts.

Stadtrat Lienhard fragt nach, weshalb die Friedhofskapelle der Kernstadt günstiger sei als die Leichenhalle und Aussegnungshallen der Stadtteile.

Frau Denk: Die Friedhofskapelle verursache weniger Kosten als die Leichenhalle und Aussegnungshallen.

(Auf Nachfrage von Ortsvorsteher Hall): Die Abschreibungen seien für alle Gebäude bei der Kalkulation berücksichtigt worden.

Die Sitzung wird für fraktionsinterne Beratungen von 19:19 Uhr bis 19:32 Uhr unterbrochen.

Stadtrat Lienhard: Der Vorschlag der SPD-Fraktion von generell zwei Urnenbestattungen auszugehen, gehe in die richtige Richtung. Dadurch ergebe sich eine Annäherung der Gebühren für Urnenwahlgräber und Urnenreihengräber.

Stadträtin Wesle erläutert an einem Beispiel, dass es vor allem in den Ortsteilen bei einem Wahlgrab wenig Auswahl gebe. Dennoch seien die Kosten viel höher als für ein Reihengrab. Der SPD-Vorschlag wirke dem entgegen.

Fraktionssprecher Rainer Hall: Die FDP/FW-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. Die Kosten der Reihengräber seien moderat. Der Preis für ein Urnenwahlgrab, mit der Möglichkeit vier Urnen zu bestatten, sei vertretbar.

Fraktionssprecher Blaurock: Die Grünen-Fraktion sei auch für den Verwaltungsvorschlag. Die Änderungsvorschläge seien weitestgehend berücksichtigt worden. Der SPD-Vorschlag führe dazu, dass Reihengräber wieder teurer würden. Das wolle seine Fraktion nicht.

Fraktionssprecher Milbradt: Beide Vorschläge seien vertretbar. Innerhalb der GUB-Fraktion gebe es für beide Vorschläge Zustimmung.

Fraktionssprecher Vetter: Die SPD-Fraktion rege an, gegebenenfalls den Deckungsbeitrag von 100% auf 90% zu reduzieren.

Stadtrat Kuttruff bittet darum, sich künftig erst politisch zu einigen und dann der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, eine entsprechende Kalkulation erstellen zu lassen.

Oberbürgermeister Pauly: Der Antrag der SPD-Fraktion werde nun als Geschäftsordnungsantrag gestellt, die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Finde dieser Antrag eine Mehrheit, sei die Verwaltung beauftragt, einen neuen Vorschlag mit Satzungsänderung auf der Grundlage der SPD-Vorschlags zu erarbeiten und dem Gremium vorzulegen.

Auf Nachfrage ergeht hierzu kein Widerspruch.

Beschluss: Die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.

(19 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen)

Fraktionssprecher Blaurock schlägt eine stufenweise Erhöhung der Gebühren vor: Im ersten Jahr solle der Kostendeckungsbeitrag auf 90% gesenkt werden, um dadurch die Gebühren um 10% reduzieren zu können. Ab dem zweiten Jahr solle eine 100% Kostendeckung kalkuliert werden.

Frau Denk: Sie werde das prüfen, sehe das aber kritisch.

#### **4) TOP 4-015/21 Bebauungsplan "Weiherbrünnele" / Neudingen - Satzungsbeschluss**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-015/21 ein.

Herr Jacob, Planungsbüro Planung + Umwelt, stellt eine Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Fraktionssprecher Rainer Hall fragt nach, ob die Kosten für die Ökopunkte auf Grundstücke umgelegt würden.

Amtsleiter Unkel: Die Kalkulation der Grundstückspreise erfolge nach der Erschließung.

Bürgermeister Graf bejaht, dass die Kosten für Ökopunkte bei der Festsetzung der Grundstückspreise berücksichtigt würden.

Stadtrat Widmann: Das Baugebiet „Weiherbrünnele“ sei für die Fortentwicklung von Neudingen sehr wichtig. Es gebe viele Interessenten. Daher bitte er den Gemeinderat um seine Zustimmung.

Beschluss:

1. Nach eingehender Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander, werden die im Rahmen der förmlichen Auslegung (Offenlage) eingegangenen Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit entsprechend der Zusammenstellung des Planungsbüros Planung + Umwelt, Stuttgart, berücksichtigt. Den Abwägungsvorschlägen / Beschlussempfehlungen zu den eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt.
2. Der Planentwurf wird gebilligt.
3. Der Bebauungsplan wird als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

(31 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen)

## **5) TOP 4-005/21 Bebauungsplan "Solarpark Aasen" - Satzungsbeschluss**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-005/21 ein.

Herr Läufer, Büro FSP-Stadtplanung Fahle Stadtplaner Partnerschaft mbB, und Herr Ruf, Max-Solar GmbH, stellen dem Gremium eine Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt.

Fragen werden keine gestellt.

Beschluss:

1. Nach eingehender Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander, werde die im Rahmen der förmlichen Auslegung (Offenlage) eingegangenen Anregungen der Behörden und

Sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit entsprechend der Zusammenstellung des Planungsbüros fsp.stadtplanung, Freiburg, berücksichtigt. Den Abwägungsvorschlägen / Beschlussempfehlungen zu den eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt.

2. Der Planentwurf wird gebilligt.
3. Der Bebauungsplan wird als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

(32 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen)

#### **6) TOP 4-007/21 Mosterei Hubertshofen - Aufhebung Gebührensatzung**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-007/21 ein.

Beschluss:

1. Die aktuelle Satzung vom 16. Dezember 2014 für die Benutzung der Mosterei im Stadtteil Hubertshofen tritt zum 31. März 2021 außer Kraft.
2. Der Satzung (Anlage 2) zur Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren (Aufhebungssatzung) wird zugestimmt.

(34 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

#### **7) TOP 9-008/21 Eigenkontrollverordnung / Kanaluntersuchung 2021 - Vergabe**

---

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage 9-008/21/1.

## **7.1) TOP 9-008/21/1 Eigenkontrollverordnung / Kanaluntersuchung 2021 - Vergabe**

---

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage 9-008/21/1 ein.

Da die Vergabesumme unter 100.000 € liege, sei eine Beschlussfassung des Gemeinderats nicht erforderlich. Der Gemeinderat erhalte die Informationen über die Vergabe der Kanaluntersuchungen 2021 daher zur Kenntnis.

Stadtrat Lienhard fragt nach einer anonymisierten Auswertung der eingegangenen Angebote.

Oberbürgermeister Pauly: Das werde geprüft und den Fraktionssprechern gegebenenfalls nachgereicht.

Beschluss: Die Information über die Vergabe der Kanaluntersuchungen 2021 wird zur Kenntnis genommen.

## **8) TOP Mitteilungen der Verwaltung**

---

### **Lage zur Corona-Pandemie**

Oberbürgermeister Pauly weist auf die aktuelle Corona-Lage hin. Aufgrund der steigenden Inzidenzzahl (52) sei heute der Zuständigkeitswechsel zum Landratsamt erfolgt. Für Reiserückkehrer sei die Stadt zuständig. Sie habe für die Betroffenen eine Telefon-Hotline und E-Mailanschrift eingerichtet.

Stadträtin Stocker-Werb weist darauf hin, dass der Einzelhandel trotz stärkerer coronabedingter Beschränkungen für die Kundschaft mit Click & Collect sowie mit Click & Meet zur Verfügung stehe.

### **Hauptausschusssitzung mit Schulleitern**

Oberbürgermeister Pauly: Der Vorschlag von Herrn Stadtrat Rögele, Herrn Schulleiter Möllen für einen Bericht zur aktuellen Corona-Lage an der Eichendorffschule zu einer Sitzung einzuladen, werde auf die Sitzung des Hauptausschusses vertagt, zu der alle Schulleiter eingeladen seien.

## Schulsituation in Coronazeiten

Amtsleiter Romer gibt einen Überblick über die aktuelle Situation der Schulen während der Corona-Pandemie. Der Aufwand der Schulen für die Umsetzung des Sicherheits- und Hygienekonzepts sei hoch, aber das werde gut gemeistert. Das Notbetreuungsangebot werde während des Lockdowns stark nachgefragt.

Die mobilen Endgeräte wie iPads für Schüler und Lehrer seien zum größten Teil ausgeliefert worden. Vereinzelt gebe es Lieferengpässe. Herr Gentilini, EDV-Abteilung, sei dabei, die Medienentwicklungspläne aus EDV-technischer Sicht zu prüfen. Die meisten Schulen hätten CO<sup>2</sup> Messgeräte für die Luftqualitätsmessung in den Schulräumen beschafft. Zusätzlich habe das Fürstenberg-Gymnasium Raumluftfilter angeschafft. An den Schulen gebe es zudem die Möglichkeit der Ausbildung zum Schnelltester. Die Frage des Schnelltestangebots an Schulen sei noch nicht endgültig geklärt. Das Einverständnis der Eltern müsse derzeit vorliegen.

Stadtrat Dr. Wagner bemerkt, dass es beachtlich sei, wenn Lehrer ohne Impfschutz tätig seien und verweist darauf, dass Testen umso wichtiger sei.

Fraktionssprecher Blaurock: bittet darum, auch Erzieherinnen testen zu lassen.

Stadträtin Wiemer: Es sei irritierend, wenn in den Schulen auf die Einhaltung aller Corona-Regeln geachtet werde, aber die Abstandsregeln in den Schulbussen nicht eingehalten werden könnten, weil diese zu voll seien. Sie fragt nach, was dagegen unternommen werde.

Die Mitarbeiter der Corona-Hotline vom Kinder- und Jugendbüro würden eine sehr gute Arbeit leisten. Sie sei mit der persönlichen Beratung sehr zufrieden gewesen und bitte darum, den Dank weiterzuleiten.

Stadträtin Vogelbacher nimmt Stellung zur aktuellen Situation aus der Sicht als Gesamtelternbeiratsvorsitzende und zeigt das Spannungsfeld auf zwischen der Einhaltung von Abstandsregeln zur Vermeidung der Verbreitung des Corona-Virus und dem Bedürfnis der Schüler nach sozialer Nähe. Eine Lösung zu finden sei schwierig.

Neben dem Angebot „Südbaar handelt“ könne Eltern beispielsweise auch pragmatisch mit einem Kleiderbasar geholfen werden.

Oberbürgermeister Pauly: Im Schwarzwald-Baar-Kreis seien derzeit 16.000 Personen geimpft worden. Mit Impfungen könne das Virus gestoppt werden. Tests seien wichtig, um unentdeckte Infektionen aufzudecken und die Verbreitung des Virus zu verhindern.

Amtsleiter Romer (auf Nachfrage von Stadträtin Wiemer): Die Entscheidung, ob der Präsenzunterricht wieder eingeführt werde, treffe die Landesregierung. Die Information werde umgehend an die betroffenen Schulen weitergeleitet.

Verstärkerbusse für die Schülerbeförderung seien angefordert. Das Landratsamt sei Aufgabenträger und für die Umsetzung zuständig.

Oberbürgermeister Pauly (Auf Nachfrage von Stadträtin Weishaar): Große Betriebe wie die Sparkassen setzten vor allem auf Schnelltests, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern.

## **Insolvenz Greensill Bank**

Oberbürgermeister Pauly teilt unter Verweis auf die sehr konservative Anlagestrategie der Stadt Donaueschingen mit, dass keine Geschäftsbeziehungen zur insolventen Greensill Bank bestünden. Bei dieser Bank seien keine Geldanlagen getätigt worden.

## **9) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat**

---

### **Radfahrstreifen**

Stadträtin Weishaar: Die GUB-Fraktion habe am 29. Juli 2020 den Antrag gestellt, Radfahrstreifen einzurichten, um die Sicherheit der Radfahrer zu erhöhen. Sie fragt nach, wie der Bearbeitungsstand ist.

Amtsleiter Monien: Die Karajan Ingenieurgesellschaft mbH sei mit der Errichtung von Radfahrstreifen beauftragt worden. Über den Zwischenstand werde der Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen informiert.

### **Umgestaltung Donauzusammenfluss**

Stadträtin Wiemer schlägt vor, insbesondere Spaziergänger über den aktuellen Bauvorschritt der Umgestaltung des Donauzusammenflusses auf dem Laufenden zu halten und mit weiteren Informationen über das Projekt zu versorgen.

Stadtrat Roland Erndle verweist auf die Informationstafeln vor Ort.

Amtsleiter Haller (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Milbradt): Die Stadt werde alle zwei Wochen über den aktuellen Sachstand vom Regierungspräsidium Freiburg als Projektträger informiert. Dem Gemeinderat könne auch ein Bericht vorgestellt werden.

Oberbürgermeister Pauly bietet an, die Gemeinderäte vor Ort über den aktuellen Baufortschritt zu informieren.